

# Nebrader Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erschintungswöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend  
mit den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Volk“ und „Das Leben im Fort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Sauermann Weg, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 28332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 5 Pf.,  
die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellametz 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 15

Sonnabend, den 20. Februar 1926.

39. Jahrgang.

Am Haushaltsausschuß des Reichstages kam es zu einem kleinen Zwischenfall dadurch, daß die Regierungsparteien bei dem Wunsch Dr. Luthers auszuscheiden und zu einem Teil für eine Vertagung stimmten, obwohl Dr. Luther seine Vertagung beantragt hatte.  
Erst als Dr. Luthers den deutschen Vorkämpfer v. Hoeft in Paris, er werde zwar das Eintrittsverlangen Polens in den Völkerverbund unterlassen, aber annehmen, daß dem Völkerverbund allein die Entscheidung zuzufallen.  
Die Kammer in Anagni hat die Rechte in der Türkei abgeschöpft und die Trennung von Staat und Religion ausgesprochen.  
Bei einer Labortafelprobe in Nordamerika wurden mehrere Säure und etwa hundert Personen verurteilt.

## Erfolge.

Geheiß, wir sind machlos. Geheiß, wir können nicht erziehen, was wir zu erwarten das Recht hatten. Aber — Hilflosigkeit schiden, das brauchen wir doch nicht, wenn wir endlich einmal Erfolg gehabt. Das wird auch, allerdings mit milderem Ergebnis, in Frankreich gegeben, daß der dauernde Sitz für Deutschland in der Sitzung des Völkerverbundes war. Das „Ego des Paris“ hat, Frankreich haben nicht anders, als „der Drobung Zircmanns nachgeben oder das ganze System von L. Carno lege an Boden“.

Wir haben durch eine Anfrage unserer Gesandten in Paris und London festgestellt, was man uns das Gerücht sei, daß auch andere Mächte zweiten Ranges gleichzeitig mit uns die Völkerverbund erhalten können. Wir haben gleichzeitig unverzüglich mitgeteilt, daß ein solches Gebotnis unsere Annehmung in Paris in Frage stellen würde. Das war ein Protest und dieser Protest hat endlich einmal Erfolg gehabt. Das wird auch, allerdings mit milderem Ergebnis, in Frankreich gegeben, daß der dauernde Sitz für Deutschland in der Sitzung des Völkerverbundes war. Das „Ego des Paris“ hat, Frankreich haben nicht anders, als „der Drobung Zircmanns nachgeben oder das ganze System von L. Carno lege an Boden“.

Wir haben durch eine Anfrage unserer Gesandten in Paris und London festgestellt, was man uns das Gerücht sei, daß auch andere Mächte zweiten Ranges gleichzeitig mit uns die Völkerverbund erhalten können. Wir haben gleichzeitig unverzüglich mitgeteilt, daß ein solches Gebotnis unsere Annehmung in Paris in Frage stellen würde. Das war ein Protest und dieser Protest hat endlich einmal Erfolg gehabt. Das wird auch, allerdings mit milderem Ergebnis, in Frankreich gegeben, daß der dauernde Sitz für Deutschland in der Sitzung des Völkerverbundes war. Das „Ego des Paris“ hat, Frankreich haben nicht anders, als „der Drobung Zircmanns nachgeben oder das ganze System von L. Carno lege an Boden“.

Einem Erfolg hat auch die österreichische Regierung mit ihrem Projekt der Mussolini erliegen können. Bekanntlich hatte sie in Rom anfragen lassen, was die Ausrüstung Mussolini bedeute, man werde die Erfolge auch über den Brenner hinaus vorwärts rücken. Der Bundeskanzler, Dr. Amel, hat in seiner Rede vor dem Österreichischen Nationalrat das mit Recht als eine kriegerische Drobung bezeichnet. Mussolini hat nun dem österreichischen Gesandten gegenüber einen Rückzug insofern annehmen müssen, als er den Sinn dieses Zuges dahin präzisieren, nie werde Italien dorthin, was die durch die Friedensverträge gestiftete Lage eine Veränderung erfahren. Er habe ihm ferngelegen, Österreich noch beizubehalten zu wollen. Natürlich ist das Unklarheit, was er wirklich sagen wollte, weil er nicht sagen wollte, was er nicht sagen wollte. Wenn er jetzt wieder die Gegenwart benutzt, darauf hinzuweisen, er wolle mit jenem Zug schließlich auch noch sagen, daß Italien den Anschluss nicht bilden würde, so glauben wir ihm das ohne weiteres. Er versteht aber nur dabei, daß es einen Artikel 19 der Völkerverbundgebung gibt, und daß wir es infolgedessen in Genf doch einmal darauf ankommen lassen wollen, jeztzulassen, ob auch die Aufstellungfrage zu jenen Punkten gehört, deren Nachprüfung durch diesen Artikel 19 ermöglicht werden kann. Schließlich sollte Mussolini sich noch auch an jenen Punkt erinnern, daß man in der Politik niemals niemals sagen kann.

Durch unseren Entschluß, dem Völkerverbund beizutreten, werden überhaupt unsere Beziehungen zu Österreich mehr als herbeizürnen, und darum ist es zu begrüßen, daß der österreichische Bundeskanzler, Amel, nach Berlin kommen wird. Das bedeutet nicht etwa, daß nur sofort Bestimmungen gefaßt werden sollen, die anstaltsähnlichen Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain aufzufassen, aber zweifellos wird eine Aktion einleitet werden, auf legatäre Art die Aufhebung dieser Bestimmungen herbeizuführen.  
Wir müssen übrigens, daß nicht bloß Italien, sondern auch andere Nachbarn Österreichs allerhöchste Interesse in diesen Bestimmungen haben und daß infolgedessen ein nur schriftliches vordringliches Vorgehen am Platze sein kann.

## Schwappende Wirtschaftsfragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der vorgeschlagenen und im Sozialen Reichstag angenommenen Erhöhung der Unterführung für Erwerbslos. Der Sitzung des Haushaltsausschusses wohnten der Reichstagspräsident und die Mitglieder des Kabinetts bei. Der Zweck dieser Sitzung war die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches, die von der Regierung als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in anderen Reichstagsausschüssen von den Parteien gestellt worden sind.

Reichsfinanzminister Dr. Reihardt erklärte, daß die Regierung sich zu Steuererleichterungen entschlossen habe, nicht weil etwa eine besonders günstige Lage vorhanden ist, sondern weil die Regierung überzeugt ist, daß Deutschland wirtschaftlich so in Not ist, daß zu dem Programm der Reichsregierung auch Steuererleichterungen gehören. Durch Steuererleichterungen allein kann jedoch die Not nicht beboben werden. Wir müssen alle Kräfte daran setzen, die Kräfte zu überwinden. Außer mit Steuererleichterungen hat sich das Kabinett mit anderen Maßnahmen beschäftigt, die es möglich machen werden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Schon in den nächsten Tagen wird die Frage zum Vorschein kommen, die Arbeitsbeschäftigung eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeitslosen in der dringenden und notwendigen Verbesserungen vornehmen kann. Es ist ein unumgängliches Zustand, daß Tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sind, während die Eisenbahn anberordentliche Rekrutierungen nötig hat und viele nur aus Gründen der Finanzierung scheitern. Die Regierung muß sich mit dem Reichstag zu einer Vorgehensweise zusammenschließen, um die Kräfte zu überwinden. Der Antrag der Steuern wird vermehrt über die Erleichterungen hinausgehen. Es ist dabei aber zu bedenken, daß durch die Unterführung der Erwerbslosen von 40 Millionen Mark im Monat beträgt, große Anforderungen an die Regierung gestellt werden.

Reichstagspräsident Dr. Luther betonte, daß alle Kräfte von Reichstag und Reichsregierung zusammengefaßt werden müssen, um die furchtbare Lage zu überwinden, in der sich gegenwärtig das deutsche Volk befindet. Um dieser Zusammenfassung willen habe die Reichsregierung den dringenden Wunsch, sofort ihr Finanzprogramm im Haushaltsausschuß eingehend erörtern zu lassen. Alle Entschlüsse müssen jetzt dem Ziel untergeordnet sein, die deutsche Wirtschaft wiederum in Gang zu bringen, denn nur so ist es möglich, der großen Masse der Arbeitslosen, insbesondere den Erwerbslosen und Auszubereiten, wirtschaftlich und dauernd zu helfen. Es genügt sei es in der Öffentlichkeit und im Parlament betont worden, daß ein erhebliches Hindernis für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft in dem über das erregliche Maß hinausgehenden Steuern zu sehen sei. Sei das richtig, so müsse man auch die Folgerungen hieraus ziehen.  
Der Steuererleichterungsvorschlag der Regierung, der ein Ergebnis des Willens zur Überwindung der Not sei und für die Betrachtung des Reichstages zu berücksichtigen sei, sei für sie nicht möglich auf der Grundlage der grundsätzlichen optimistischen Auffassung, daß überhaupt und gerade durch die Erleichterung der Steuern die Wirtschaftslage in Zukunft sich erheblich bessere. Da es sich um ein Gesamtprogramm handelte, so müsse die Reichsregierung großes Gewicht darauf legen, daß der Ausschluß auch seinen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Würdigung des Gesamtprogramms fasse, und er erblicke deshalb sofortige Beendigung dieses Programms.  
Reichsarbeitsminister Dr. Braun schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichstagspräsidenten an. Er betonte, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, die Leistungen auf irgendeinem Gebiet zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm der Regierung gefährdet werden sollte.

Reichsfinanzminister Dr. Curtius bereitete sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung, abgesehen von den Steuererleichterungen, zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen will. U. a. sollen der Reichsbahn 100 Millionen Reichsmark zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten zugewiesen werden. Weiteren sollen 300 Millionen der Industrie als Vertriebskredit für die Verfertigung von Exportwaren für Ausland gegeben werden.

## Vertagung gegen Luthers Wunsch.

Reichstagspräsident Dr. Luther hatte den Wunsch ausgesprochen, daß sofort in eine Anhörung über das wirtschaftliche und finanzielle Regierungsprogramm eingetreten werden soll. Bei der Abstimmung im Ausschuss ergab sich aber das überraschende Resultat, daß die Regierungsparteien auszuscheiden und zu einem Teil für eine Vertagung stimmten, obwohl Dr. Luther seine Vertagung beantragt hatte.  
Erst als Dr. Luthers den deutschen Vorkämpfer v. Hoeft in Paris, er werde zwar das Eintrittsverlangen Polens in den Völkerverbund unterlassen, aber annehmen, daß dem Völkerverbund allein die Entscheidung zuzufallen.  
Die Kammer in Anagni hat die Rechte in der Türkei abgeschöpft und die Trennung von Staat und Religion ausgesprochen.  
Bei einer Labortafelprobe in Nordamerika wurden mehrere Säure und etwa hundert Personen verurteilt.

Reichstag geändert haben, daß unter solchen Umständen die Regierung die Geschäftsstelle nicht weiter führen könne. Da aber mit Rücksicht auf das Verlangen der Regierung, die Erwerbslosenunterstützungsforderungen zu entscheiden, wenn das gesamte Wirtschaftsprogramm bestimmt sei, die Abstimmung über die Erwerbslosenunterstützung ebenfalls auf Freitag verschoben wurde, so lag der Reichstagspräsident mit dieser Anordnung später zurückzugehen haben.

## Preussisches Ultimatum an beide Lippe.

Die Anschließerverhandlungen.  
Der Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold an Preußen erklärte im Hauptanlaß des Preussischen Landtages der Minister des Innern, Seering, daß die Verhandlungen und die Entscheidung über den Anschluß von Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold an sich für den Anschluß an Preußen seien. Es seien aber in letzter Zeit Verhandlungen in Berlin nicht der Fall und deshalb werde die Unternehmung des Königsplatzes in „Stadt der Republik“ von der Regierung genehmigt werden. Wegen monarchistischer Gesinnung sein politischer Charakter erstens, noch aber haben die Landtage und politischen Parteien, die in ihrer Ablehnung die Richtlinien der Regierungspolitik verfehlten, abgelehnt werden.

## Zurückweisung sächsischer Beschwerden.

Ein Schritt wegen der deutschen Minderheiten.  
Der sächsischen Ministerpräsident Dr. Kretschmer, hat, wie von sächsischer Seite mitgeteilt wird, im Berliner Amtswortführer die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten über die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei vorstellend gemacht. Der Reichsfinanzminister hat unter Hinweis auf die tatsächliche Lage eine Mitteilung des sächsischen Ministerpräsidenten an einer Beschwerde bei der Reichsregierung nicht anerkennen können, da das Verlangen des bayerischen Ministerpräsidenten nicht als ein Schritt des für die deutsche Minderheiten allein verantwortlichen sächsischen Ministerpräsidenten ist.  
Abgesehen von dieser formellen Zurückweisung hat der Reichsfinanzminister in seiner mündlichen Erklärung mit dem sächsischen Ministerpräsidenten erklärt, daß die deutsche Regierung nicht inwieweit, sondern in Verantwortung der Angelegenheiten aus dem Deutschen Reich getrieben habe. Straftatbestände sächsischer Reichsregierung die Stimmung, die in Bezug auf viele Fragen im deutschen Volk herrsche. Auch die deutsche Reichsregierung verfolge mit Sorge das kulturelle Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei.

## Die Abfindungen der Fürstendhäuser.

Schluß der Generaldebatte im Ausschuss.  
Der Reichstagsausschuß des Reichstages legte die Generaldebatte über die Abfindung der vermögensschwachen Fürstendhäuser mit den früher regierenden Fürstendhäusern vor. Der sozialistische Abgeordnete erklärte, daß keine Forderung noch auf dem Standpunkt der entschädigungslosen Entgegung stünde. Eine Entgegung würde die Fürsten noch fleißiger machen. Der Abgeordnete Seering (Zm.) stellt zum Kompromißvorschlag fest, daß die Ausrüstung seines Fraktionskollegen Dr. Seering, wonach nicht alle erhobenen Forderungen der Fürstendhäuser anzuerkennen seien, mitbedenken worden wäre. Diese Äußerung habe sich auf die Forderungen der Fürstendhäuser bezogen, denen wohl alle Parteien mit gleicher innerer Zustimmung gegenüberstünden. Die Aufgabe der Kompromißpartei sei es, die Interessen gegen die Interessen der Reichsregierung zu befriedigen. Damit wurde die Generaldebatte geschlossen, der die Spezialberatung folgte.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.  
Befehlen einer Aufgabenzentrale?  
Der sozialdemokratische Abgeordnete Seeringmann stellt in einer längeren Rede im Reichstag die Befähigung der Reichsregierung dar, daß in Deutschland eine tragfähige Organisation besteht, sich die Befähigung der Reichsregierung zur Aufgabe gemacht habe. In der Spitze dieser Organisation soll Oberst A. Nicolai stehen, der im Krieges Chef des Spionages und Propagandas war. Der neue Reichstag soll fortgesetzt als frühere Unternehmungen vorbereitet werden. Nicolai soll in Verbindung mit mehreren höheren Offizieren stehen.  
Gegen politische Fiktionserklärungen.  
In einer Anfrage weist Abgeordneter (Zm.) darauf hin, daß jetzt in der Öffentlichkeit in steigendem Maße











# Riesig — Riesig Maskenball

am  
Sonntag, 21. Februar 1926

im  
Schützenhaus.

Eintritt 50 Pfennig.



## Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Sonntag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

### Der geheimnisvolle Dokumentendiebstahl.

Sensationaler Abenteuerfilm.

Als Hauptdarsteller:

**Madame X.**

Es laden freundlichst ein Die Verh.

## Essendorfer

# Futterrübensamen

rot und gelb

1. Abfaat vom Originalsamen, trocken gerastet, hohe Keimfähigkeit, hat abzugeben

**Rittergutsverwaltung Zingst.**

## Landwirtschaftlicher Verein Steigra.

Insere nächste

# Versammlung

findet am  
Donnerstag, den 4. März 1926, nachmittags 2 Uhr  
in Carsdorf a. U., Gasthof „Zur Anstrubahn“  
mit folgender Tagesordnung statt.

1. Prämierung langjähriger Arbeiter und Dienstboten.
2. Vortrag des Herrn Abteilungsleiters Dr. Hahn-Galle a. S. über: „Ackerbaufragen an Hand Landwirtschafts-Geheimnisse unter besondere Berücksichtigung des Luzerneanbaus“.
3. Vortrag des Herrn Dr. Kautmann-Halle a. S. über: „Der Stand der Maul- und Klauenseuche und ihre Bekämpfung“.
4. Berichtlesen.

Die Arbeitgeber, welche Arbeiter oder Dienstboten zur Prämierung angemeldet haben, wollen dafür Sorge tragen, daß diese am 4. März rechtzeitig in Carsdorf sind.  
Alle Vereinsmitglieder und ihre Angehörigen werden zu der Versammlung hiermit herzlich eingeladen.

Samstag, den 15. Februar 1926.

**Der Vereinsdirektor,  
von Heldorf.**

## Betr. Obstbau-Lehrgang in Querfurt.

Die Landwirtschaftskammer veranstaltet mit dem Kreise einen **eintägigen Obstbau-Lehrgang** am **Wittwoch, den 21. Februar 1926** in Querfurt im **Gasthof „Zur Sonne“**. Alle an Obstbau interessierten Gemeinden, Erwerbsobstzüchter, Gartenbesitzer, Baumzüchter, Baumwärter usw. des Kreises sind hierzu eingeladen.

Vortragsfolge:

- 9 Uhr: Eröffnung des Lehrganges durch Herrn Bürgermeister Heinicke, Querfurt, in Vertretung des Herrn Landrat Dr. von Krosigk.
  - 10<sup>15</sup>-10<sup>45</sup> Uhr: „In welcher Weise kann der Obstzüchter zur Förderung des Absatzes und zur Gewinnung des Bestandes von demjenigen Obst beitragen?“ Referent: Abteilungsleiter Herr Watsch, Halle.
  - 10<sup>45</sup>-11<sup>15</sup> Uhr: Welche notwendige Obstbauarbeiten muß jeder Obstzüchter selber machen und unterliegt anzuweisen? (Geldübertrag). Referent: Obstbaupolizeur Welsch, Halle.
  - 11<sup>15</sup>-12<sup>15</sup> Uhr: „Gesichtspunkte für die Auswahl und die Führung des Obstbaues im Kreise Querfurt.“ (Geldübertrag). Referent: Gartenmeister Detmann, Bismark.
  - 2-3 Uhr: Praktische und zugehörige Führung der Schülinge und Praktikanten an Obstbäumen. (Geldübertrag). Referent: Obstbaupolizeur W. Lohr, Halle.
  - 3-4 Uhr: Gemeinsame Besprechung besonderer Fragen des praktischen Obstbaues.  
Die Eintrittsgebühr beträgt 1.— Mark.
- Die Obstbäume werden einmündig für einen Vertreter der Gemeinde und den von ihnen angeordneten Obstbauwärter am leichtesten zum freien Eintritt anzuweisen. Die Kosten müssen mit dem Geld und der Unterfertigung des Gemeindevorstandes versehen sein.  
Auf vielseitigen Wunsch findet **Donnerstag, 25. Februar** im Anschluss an diesen Lehrgang unter Leitung des Herrn Drehsler, Querfurt, eine Besichtigung von Obstbäumen im Kreise Querfurt statt. Treffpunkt der Teilnehmer: 9 Uhr vor dem im Gasthof „Zur Sonne“ in Querfurt. Es werden nämlich Obstbesichtigungen, wie auch praktische Obstbauarbeiten befristigt und dabei helfen in der Anlage und zur Pflege stattfinden. Die Teilnahme wird für alle Obstzüchter von Vorteil sein.  
Querfurt, den 13. Februar 1926.

Der Landrat, J. B. Heinicke.

## Obst- u. Gartenbauverein Neubra u. Umgegend.

Sonntag, den 21. Februar 1926  
nachmittags 3 Uhr im Gasthof  
„Zur Burg“

### General- Versammlung.

Zahlreiches Erscheinen wünscht  
Der Vorstand.

**Sämtliche  
Buchbinderearbeiten,**  
als: Einbinden von Büchern, Amts-  
büchern usw. für Behörden, Amts-  
gerichte, Gerichte etc. werden  
prompt und sauber ausgeführt.

**Spezialität:  
Staubfreie Bildereinrahmung  
Max Gentsch**  
Bücherei, Buch- u. Papierhandlung  
**Laucha a. U.**  
Karlstr. 30.

Einige Kuben  
**Mist**  
kauft  
Melchior.



## Kalk ist nicht Kalk

man weiß nicht bei der Auswahl und  
Wahl nur den echt gebräut. Futter-  
kalk M. Deemann's „Bayer-Markt“  
oder den neuen ungen. Patent-Nähr-  
salzkalk. Gut nur in O. u. S. u. S.  
Kalkpulver kostenlos! Erhältl. in Dres-  
den, Rochten u. Pflanzl. ein-  
schläg. Geschäften. Wo nicht, durch

M. Deemann Chem. Fabr. m. B. S., Leipzig-Eitz. 17 f.

Wir sind laufend Abgeber von  
**prima Malzkeimen**  
ab Ärkern und Köstben, auch in kleineren Posten.

**Bereinigte Malzfabriken „Goldene Aue“,  
Aktiengesellschaft, Ärkern.**

## 8 billige Konferrentage!

Wichtige Gelegenheit, den Bedarf  
zur Konfirmation schon jetzt einzu-  
holen.  
Einige Beispiele:  
**Sünge Erbsen** mittelfein,  
2 Pfd.-Dose statt 1.20 nur 98 Pf.  
**Leipziger Merlet**  
enth. Speisel, Marzipan, Champi-  
gung Erbsen usw., 2 Pfd.-Dose  
statt 1.25 nur 98 Pf.  
**Pfifferlinge**  
feinste Qualität, (2 Pfd.-Dosen)  
statt 1.25, jetzt 98 Pf., 1.25  
**Kaugummi**  
gar. leibentst., 2 Pfd.-Dose statt  
1.20 nur 88 Pf.  
**Junge Schnittbohnen**  
gar. leibentst., 2 Pfd.-Dose 88 Pf.  
**Stangenparzel**  
M. 2.00 und 3.00  
**Aprikosen**  
(ohne Stein) 2 Pfd.-Dose M. 2.10  
**Schmelzbeeren**  
2 Pfd.-Dose M. 1.00. Ferner:  
**Erdbeeren, Pfannem,**  
**Birnen**  
und alle anderen Konfitüren zu  
entsprechenden Preisen  
**Heidelbeeren, Iose**  
**Ähr. Pfannemus**  
**Marmelade ufm.**  
**Bretelbeeren**  
jede Pfd. 88 Pf.

**reiner Himbeersaft**  
bid einl. Pfd. nur 68 Pf.  
**Geleckerlinge**  
2 Pfd.-Dose 88 und 95 Pf.  
**große Vollerlinge**  
weisslich und hart, bid von  
10 Pf. an  
**Schmalz** Pfd. 0.90 und 1.15  
**Cocosfett** etc.

## Palmin

Pfd.-Zettel 73 Pf.  
**Pa l m i n**  
gar. reib., Pfd. von 80 Pf. an  
**Zucker**, Pfd. 30 Pf.  
**ff. Milchobst**, Pfd. 85 Pf.  
**Amerik. Ringäpfel**  
Pfd. 85 Pf.  
getr. Pfannem, ge. frächtige  
Pfd. 85 und 65 Pf.

**Böttger & Co., Nebra.**

**HOCH  
IM WERT  
NIEDRIG  
IM PREIS**

**3. ADLER TURF**

**4. ASSUH**

**5. MONNA VANNA**

**6. MAGAZIN**

DAS  
SIND DIE  
QUALITÄTS  
ZIGARETTEN  
DER  
ADLER-COMPAGNIE  
A. G.

**Umzüge**

mit der Bahn oder per Achse  
nach auf- oder abwärts, für und ausländischen Orten, führe ich aus.

**Möbelwagen**

leben in jeder Größe zur Verfügung, ebenso erstklassige  
Küchen. Die Transporter werden mit oder ohne Ver-  
sicherung ausgeliefert. Mit vollkommenster Fleiß zu  
erfüllen. Am 9. f. Verhältnisse bei Bedarf bitten

**Otto Schenk,**  
Feldstr. 10, Neudorf a. U.

Von heute ab habe ich wieder eine große Aus-  
wahl 4- und 5-jähriger

rheinfischer, belgischer und  
altenbürger

**Arbeitspferde**

leichter und schwerer Schlages  
preiswert zum Verkauf stehen.

**Robert Degenhardt, Kölleda.**  
Telefon 76.

**Gesucht**

**lüchtige  
Provisionsreisende.**

Auskunft erteilt  
**Hermann Schröder,  
Bottendorf.**  
Altef. 226.

**Drum sag' ich's noch einmal:  
Es ist falsch, Persil heiß aufzulösen!**

Die Wascheinwirkung  
ist nur halb so gross wie bei  
richtiger Anwendung:  
**Persil wird kalt  
aufgelöst!**

Am besten nehmen Sie einen  
Eimer, verrühren Persil mit der  
Hand u. tun diese Lösung in  
den gefüllten Kessel, dann  
wird die Wäsche hinzugelegt  
und gebocht.

Sie glauben gar nicht wie wichtig  
für den Punkt **kalt auflösen!**  
für ein bequemes u. billiges  
Waschen ist!

**Persil**

1 Paket reicht für 2 1/2  
bis 3 Eimer Wasser.

Zum Weichmachen des Wassers ver-  
rührt man vorher einige Sandvoll  
Benzol-Natrium-Soda im Kessel. Neh-  
men Sie auch zum Einweichen nur  
die altbewährte Benzol-Natrium-Soda



# Nebraner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erschint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Metz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Ströten.

Nr 15

Sonnabend, den 20. Februar 1926.

39. Jahrgang.

Am Haushaltsausschuß des Reichstages kam es zu einem kleinen Zwischenfall dadurch, daß die Regierungsparteien bei einem Wunsch Dr. Luthers auszuscheiden und zu einem Teil für eine Vertagung stimmten, obwohl Dr. Luther soeben die Verhandlung beendigt hatte.  
Dr. Lander erwiderte dem deutschen Vorkämpfer v. Koch in Paris, er werde zwar das Eintrittsverlangen Polens in den Völkerverbund unterstützen, aber annehmen, daß dem Völkerverbund allein die Entscheidung zuzufallen.  
Die Kammer in Ancona hat die Rechte in der Türkei abgelehnt und die Trennung von Staat und Religion ausgesprochen.  
Bei einer Lawineneinsturzung in Nordamerika wurden mehrere Häuser und etwa Hundert Personen verhehrt.

## Erfolge.

„Gewiß, wir sind machlos. Gewiß, wir können nicht erziehen, was wir zu erwarten das Recht hatten. Aber — schließlich sind wir, das brauchen wir doch nicht, namentlich dann nicht, wenn das Brautpaar in gar zu großem Gegenstand steht zu der Art, wie man das Brautpaar nicht erfüllt. Man hat so oft über die Brautpaar-papiere Probleme gesprochen und die Elemente hat ihr übriges dazu getan, diesem Sport Unterlagen zu geben. Aber schließlich ist ein Brautpaar nicht dazu da, Gefährten zu erziehen, sondern zu wollen, sondern er hat auch die Aufgabe, der Welt das Unrecht des Gefährten kundzutun. Und schließlich vor allem das eigene Handeln zu bestimmen.“

Wir haben durch eine Anfrage unserer Gesandten in Paris und London festgestellt, was man das Gerücht ist, daß auch andere Mächte zweiten Ranges gleichzeitig mit uns die im Völkerverbund erhalten können. Wir haben gleichzeitig unverzüglich fundiert, daß ein solches Gesandnis unsere Anmeldung in Wien in Frage stellen würde. Das war ein Protest und dieser Protest hat endlich einmal Erfolg gehabt. Das wird auch, allerdings mit mäßigem Erfolg, in Frankreich zugehen, daß der dauernde Sitz für Deutschland in der Sitzung des Völkerverbundes war. Das „Echo de Paris“ hat, Frankreich ohne nicht anders, als der Drohung Streikmanns nachgeben oder das ganze System von Carrano liege am Boden.“

Wir haben durch den deutschen Vorkämpfer in Paris erklärt, vielmehr erklären müssen, daß Frankreich die politischen Ansprüche auf einen künftigen Sitz im Völkerverbund zwar unterstützen würde, aber entscheiden sei nur der Völkerverbund. Man weiß, daß ebenfalls zuerst ein derartiges Verlangen Polens seine Hoffnung auf Erfolg haben kann, und der Schritt des Vorkämpfers von Koch hat dieses Verlangen zu erfüllen als das tote Glied geschoben. Was kann im Spätherbst auf den großen Völkerverbund zugehen wird, das freilich können wir uns jetzt schon sagen: Eintritt Polens in den Völkerverbund als künftiges Mitglied. Doch ist die Gleichsetzung Deutschlands mit Polen verbunden worden, weil nur wir durch unheimlichen Beschluß des Völkerverbundes in Genf einen Sitz erhalten werden.

Einem Erfolg hat auch die österreichische Regierung mit ihrem Projekt bei Mussolini erziehen können. Bekanntlich hatte sie in Rom anfragen lassen, was die Äußerung Mussolinis bedeute, man werde die Erfolge auch über den Brenner hinaus vorwärts tragen. Der Bundeskanzler, Dr. A. M. A., hat in seiner Rede vor dem Österreichischen Nationalrat das mit Recht als eine feierliche Drohung bezeichnet. Mussolini hat nun dem österreichischen Gesandten gegenüber einen klaren Satz dahinter präzisieren, wie werde Italien dulden, daß die durch die Friedensverträge geschaffene Lage eine Veränderung erlaube. Es habe ihm ferngelegen, Österreich gegenüber zu wollen. Natürlich ist das Unannehmliche, er vertritt aber nur dabei, daß es einen Artikel 19 der Wiener Verträge gibt, und daß wir es insofern seien in Genf doch einmal darauf antworten lassen wollen, je schneller, ob auch die Anstifter zu jener Punkt gehört, deren Nachprüfung durch diesen Artikel 19 ermöglicht werden kann. Schließlich sollte Mussolini sich noch auch an jenes Wort erinnern, daß man in der Politik niemals „niemals“ sagen soll.

Durch unseren Entschluß, dem Völkerverbund beizutreten, werden überhaupt unsere Beziehungen zu Österreich mehr nach Berlin, und warum ist es zu begründen, daß der österreichische Bundeskanzler, A. M. A., nach Berlin kommen wird. Das bedeutet nämlich nicht etwa, daß nur sofort Beschlässe gefaßt werden sollen, die anstößigsten Bestimmungen der Verträge von Versailles und St. Germain aufzuheben, oder gewissermaßen eine Aktion einzuleiten, oder, wie gesagt, die Aufhebung dieser Bestimmungen herbeizuführen.

Wir müssen übrigens, daß nicht bloß Italien, sondern auch andere Nachbarn Österreichs alleinstimmig Interesse in diesen Bestimmungen haben und daß infolgedessen ein nur schriftliches vorläufiges Vorgehen am Platze sein kann.

## Schwewende Wirtschaftsfragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschloß sich mit der vorgelegten und im Sozialen Ausschuss angenommenen Erhöhung der Unterhaltung für Erwerbslose. Der Sitzung des Haushaltsausschusses rohierten der Reichstagsler und die Mitglieder des Kabinetts bei. Der Zweck dieser Sitzung war die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches, die von der Regierung als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in anderen Reichstagsausschüssen von den Parteien gestellt worden sind.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

erklärte, daß die Regierung sich zu Steuererhöhungen entschlossen habe, nicht weil etwa eine besonders günstige Lage vorhanden ist, sondern weil die Regierung überzeugt ist, daß Deutschland wirtschaftlich so in der Welt, daß das im Programm der Reichsregierung auch Steuererhöhungen gehören. Durch Steuererhöhungen allein kann jedoch die Not nicht überwinden. Wir müssen alle Steuererleichterungen bei sich das können auch einbringen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Schon in den nächsten Tagen wird die Frage zum Vorschein kommen, der Reichstagsausschuß eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, damit die Reichsregierung die dringend notwendigen Verbesserungen vornehmen kann. Es sei ein unumgänglicher Zustand, daß Tausende von deutschen Arbeitern unbeschäftigt sind, während die Eisenbahn anberoderentliche Reparaturen nötig hat und viele nur aus Gründen der Finanzierung scheitern. Die Regierung muß sich mit dem Reichstag zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen, um die Krisis zu überwinden. Der Antrag der Steuern wird vermutlich über die Erhöhungen hinausgehen. Es ist dabei aber zu bedenken, daß durch die Unterhaltung der Erwerbslosen von 40 bis 45 Millionen Mark im Monat beträgt, große Anforderungen an die Regierung gestellt werden.

Reichshandwerker Dr. Luther

betonte, daß alle Strafen von Reichstag und Reichsregierung zusammengefaßt werden müssen, um die wirtschaftliche Lage zu überwinden, in der sich gegenwärtig das deutsche Volk befindet. Um dieser Zusammenfassung willen habe die Reichsregierung den dringenden Wunsch, sofort ihr Finanzprogramm im Haushaltsausschuß eingehend erörtern zu lassen. Alle Entschlüsse müssen jetzt dem Ziel untergeordnet sein, die deutsche Wirtschaft wiederum in Gang zu bringen, denn nur so ist es möglich, der großen Masse der Arbeitenden, insbesondere der Gewerbetreibenden und Angestellten, wirklich und dauernd zu helfen. Es genügt es in der Öffentlichkeit und im Parlament betont worden, daß ein erhebliches Hindernis für die Erholung der deutschen Wirtschaft in den über das wirtschaftliche Maß hinausgehenden Steuern zu sehen sei. Sei das richtig, so müsse man auch die Forderungen hieraus ziehen. Der Steuererhöhungsvorschlag der Regierung, der ein Ergebnis des Willens zur Überwindung der Not sei und für die Beschäftigten eine große Hilfe sei, sei nicht zu ablehnen, sei nur möglich auf der Grundlage der grundsätzlichen optimistischen Auffassung, daß überhaupt und gerade auch durch die Erleichterung der Steuerlast die Wirtschaftslage in Zukunft sich erheblich bessere. Da es sich um ein Gesamtprogramm handelte, so müsse die Reichsregierung großes Gewicht darauf legen, daß der Ausschluß auch seinen Beschluß über die Erwerbslosenfrage in Würdigung des Gesamtprogramms fasse, und er erbitte deshalb sofortige Erörterung dieses Programms.

Reichsrentenminister Dr. Trautmann schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichshandwerkers an. Er betonte, auch in seinem Ressort sei es unmöglich, die Leistungen auf irgendeinem Gebiet zu erhöhen, wenn nicht das ganze Wirtschaftsprogramm der Regierung gefördert werden solle.

Reichsjustizminister Dr. Curtius verbreitete sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung abgehen von den Steuererleichterungen, zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen will. U. a. sollen der Reichsbank 100 Millionen Reichsmark zur Quantitätsumnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten zur Verfügung stehen. Außerdem sollen 900 Millionen der Industrie als Betriebskredit für die Verstärkung von Exportwaren für Aufstand gegeben werden.

## Vertagung gegen Luthers Wunsch.

Reichshandwerker Dr. Luther hatte den Wunsch ausgedrückt, daß die finanzielle Regierungsprogramm eingehend erörtert werden soll. Bei der Abstimmung im Ausschuss ergab sich aber das überraschende Resultat, daß die Regierungsparteien auszuscheiden und zu einem Teil für eine Vertagung stimmten, obwohl Dr. Luther soeben die Verhandlung beendigt hatte. Der Zweck dieser Sitzung war die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches, die von der Regierung als bestimmend angesehen wird für die Stellungnahme zu den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in anderen Reichstagsausschüssen von den Parteien gestellt worden sind.

Reichstag gehindert haben, daß unter solchen Umständen die Regierung die Wirtschaft nicht weiter führen könne. Da aber mit Rücksicht auf das Verlangen der Regierung, die Erwerbslosenunterstützungsfrage erst zu entscheiden, wenn das gesamte Wirtschaftsprogramm bestimmt sei, die Abstimmung über die Erwerbslosenunterstützung ebenfalls auf Freitag vertagt wurde, soll sich der Reichstag mit dieser Anordnung später zufriedengeben haben.

## Preussisches Ultimatum an beide Lippe.

Die Anstiftungs-Verhandlungen.  
Zur Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold an Preußen erklärte im Kampfschlusse des Preussischen Landtages der Minister des Innern, Seering, daß die Bevölkerung und die Wirtschaftslage in Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold an sich für den Anschluß an Preußen seien. Es seien aber in letzter Zeit Veränderungen in der Wirtschaftslage entstanden. Preußen habe daher die Absicht, den beiden Ländern zu erklären, daß es, sofern nicht die Absicht bestünde, daß sich in diesem Jahre der Anschluß durchführe, am 1. April die weiteren Verhandlungen abzubrechen würde.

Seering sprach sich im übrigen weiter gegen eine Umbenennung von Straßen und Plätzen, an die sich geschichtliche Traditionen knüpfen, aus; aber das sei beim Anschließungsplan in Berlin nicht der Fall und deshalb werde die Umbenennung des Königsplatzes in „Platz der Republik“ von der Regierung genehmigt werden. Wegen monarchistischer Stimmung werde kein politischer Komar erlassen, wohl aber würden alle bürgerliche und politischen Parteien, die in ihrer Zustimmung die Richtlinien der Regierungspolitik verlassen, abgelehnt werden.

## Zurückweisung sächsischer Beschwerden.

Ein Schritt wegen der deutschen Winderheiten.  
Der sächsisch-preussische Handelsvertrag in Berlin, Kräfte, hat, wie von sächsischer Seite mitgeteilt wird, im Berliner Auswärtigen Amt wegen der Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten über die deutschen Winderheiten in der Tschschowalwa-Wörterstellung genügt. Der Reichshandwerker hat unter Hinweis auf die wirtschaftliche Lage eine Mitbestimmung des sächsischen Reichstages zu einer Entscheidung über die Reichsregierung nicht anerkennen können, daß das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten nicht als ein Schritt des für die deutsche Wirtschaft allein verantwortlichen Auswärtigen Amtes zu charakterisieren ist.

Abgehen von dieser formellen Zurückweisung hat der Reichshandwerker in seiner mündlichen Begehrung mit dem sächsisch-preussischen Handelsvertrag erklärt, daß die Äußerungen nicht spontan, sondern in Verantwortung von Unterredungen aus dem Werdertischen Landtag gelang habe. Derartige Äußerungen politischer Art, insbesondere die Stimmung, die in Bezug auf diese Frage im deutschen Volk herrsche, und die deutsche Reichsregierung verfolge mit Sorge das kulturelle Schicksal der Winderheiten.



benhäuser.  
Ausschub.  
die General-  
scheidungen  
in, hundert  
täre, das eine  
aufgabigen  
die Fäden  
magazinierte  
isten aber  
arbeiten, für  
die Erörterung  
Ausbereitung  
nicht alle  
erhöhen  
sein, mäßig  
sch auf  
sicher in  
Kommission  
Wesemarer  
und Minister  
wurde die  
General-  
olte.  
Somars  
die Be-  
berung  
auf, daß  
in  
Deutschland  
eine  
Anstiftungs-  
Organisation  
besteht,  
die  
sich  
der  
Beseitigung  
des  
Republi-  
kismus  
zur  
Aufgabe  
ernannt  
hat.  
An  
der  
Spitze  
dieser  
Organisation  
steht  
Oberst  
a. D.  
Nicolai,  
der  
im  
Straßen-  
Chef  
des  
Spionage-  
und  
Verbindungs-  
wesens  
war.  
Der  
wäre  
Büch  
soll  
fortgeführt  
als  
frühere  
Unternehmungen  
vorbereitet  
werden.  
Nicolai  
soll  
in  
Verbindung  
mit  
mehreren  
höheren  
Offizieren  
stehen.  
Gegen  
politische  
Filmvorführungen.  
In  
seiner  
Anfrage  
weist  
Hr.  
Trebranus  
(Din.)  
darauf  
hin,  
dass  
bei  
der  
Herrschaft  
in  
Belandem  
Wabe